



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

106. Jahrgang, Nr. 6

Juni 2024

Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
10243 Berlin, Franz Mehring-Platz 1
Tel.: 0170/1831495 - Tel.: 0361/64458760

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)



Einzelpreis: 3,20 Euro
Jahres-Abonnement: 35,00 Euro
Förder-Abonnement: 45,00 Euro

Die KPD lebt!

Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands für den XXXII. Parteitag am 25. Mai 2024

Auf der Grundlage unseres Statuts wurde der XXXII. Parteitag zum 25. Mai 2024 in Berlin einberufen.

Auf diesem Parteitag wurden die Thesen für die weitere politisch - ideologische Arbeit beschlossen.

I Unser Programm, daß auf dem XXV. Parteitag unserer Partei am 21. April 2007 beschlossen wurde, ist auch weiterhin grundlegend richtungsweisend für die politische Arbeit. Da die gesellschaftlichen Verhältnisse sich rasant entwickelt haben, ist aber eine Überarbeitung einzelner Passagen notwendig.

II Die derzeitige politische Situation in Deutschland und der Welt verlangt von uns einen klaren und eindeutigen Klassenstandpunkt, der auf der Grundlage des Marxismus/Leninismus basiert. Um diesen Kampf zu bestehen, muß eine ständige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in all seinen Erscheinungsformen erfolgen. Das betrifft den ständigen Kampf gegen Angriffe des Revisionismus von außen gegen unsere Partei, aber wir dürfen auch nicht zulassen, daß er sich in unsrer Partei ausbreitet. Deshalb erfordert auch der Kampf gegen den Antistalinismus unser aller Engagement. Der Kampf gegen den Antistalinismus ist deshalb erforderlich, weil uns durch ihn unsere theoretischen Grundlagen entzogen werden sollen.

Der Charakter unserer Geschichtsepoche vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus wird nach der Jahrhundertkatastrophe der Konterrevolution in Europa zur Zeit vom Handeln des Imperialismus bestimmt. Die führenden imperialistischen Blöcke, allen voran NATO und BRICS, nehmen auf die Politik und Wirtschaft kleinerer Staaten großen Einfluß, was die Bourgeoisie dieser Staaten dazu zwingt, eigenen Bestrebungen nach Expansion nachzugeben. Die damit verbundene imperialistische Konkurrenzsituation, in der es um Rohstoffe und Absatzmärkte geht, verschärft sowohl die Widersprüche als auch die Kriegsgefahr zu Lasten der Arbeiterklasse und vermindert somit jeden sozialen Fortschritt.

Die innerimperialistischen Widersprüche haben sich dermaßen verschärft, daß lokale und regionale Kriege das Geschehen weltweit beherrschen. Somit ist die Gefahr eines dritten Weltkrieges allgegenwärtig. Der deutsche Imperialismus setzt verstärkt auf Militarisierung und auf die Einschöpfung des ganzen Volkes auf diesen Krieg. Im Bündnis mit den USA und der NATO wurden Rußland und China als Feinde ausgewiesen. Auf der ideologischen Ebene soll dieses Gedankengut in der Bevölkerung verwurzelt werden.

III Diese Entwicklung erfordert eine ständige Auseinandersetzung mit der imperialistischen Politik Deutschlands und



die Festigung parteilicher Positionen zu Fragen der nationalen und internationalen Politik. Dabei dürfen persönliche Meinungen und revisionistisches Gedankengut keinen Einfluß auf die Politik der Partei haben. Die Verhinderung eines dritten Weltkrieges muß der Hauptinhalt unserer politischen Arbeit sein. Dabei gilt: Der deutsche Imperialismus ist der Hauptfeind im Ringen um Frieden und sozialen Fortschritt.

Bei der Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Partei und Organisationen machen die Differenzen über die Analyse der aktuellen Situation des Imperialismus ebenso Probleme wie der oftmals reine Pazifismus der Friedensbewegung. Wir müssen hierbei unser marxistisches Gedankengut in den Vordergrund stellen, ohne uns sektiererisch zu verhalten. Bündnisse, also über das tagespolitische Geschehen hinausgehende, längerfristige Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften oder Parteien, die in der konkreten Angelegenheit das gleiche Ziel verfolgen, sind notwendig. Wir dürfen in solchen Bündnissen aber niemals auf die marxistisch-leninistische Propaganda verzichten, denn das würde die Tür für den Opportunismus öffnen. Ebenso verhält es sich mit der Aktionseinheit, also einem kurzzeitigen Zusammengehen mit anderen Kräften zur Durchsetzung tagesaktueller Forderungen.

Die Beschlüsse des Parteitages bestimmen die zukünftige politische Entwicklung unserer Partei. Unser Ziel ist eine einheitliche

kommunistische Partei in Deutschland, die auf der Grundlage des Marxismus/Leninismus steht.

IV Parallel zur Vorbereitung unseres Parteitages finden ebenfalls die Vorbereitungen zur Teilnahme der KPD an den Landtagswahlen in Sachsen statt. Die Öffentlichkeitsarbeit dazu ist auf das Erreichen unseres Zieles zur entsprechenden Sammlung von Unterschriften gerichtet. Dabei soll die Publizität der Partei erhöht werden. Neue Mitglieder sollen den Weg zu uns finden.

V Die vor uns stehenden Aufgaben erfordern von jedem Genossen seinen persönlichen Einsatz. Das Denken und Handeln muß auf die Stärkung der Partei gerichtet sein. Dafür bedarf es von jedem Standhaftigkeit, Mut und ein hohes Maß an politischem Wissen. Das sich hervorheben und persönliche Meinungen schaden dem Gesamtinteresse. Die Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind richtungsweisend, um die politischen Ereignisse unserer Zeit zu analysieren und die richtigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

VI Das gemeinsam mit offen-siv durchgeführte Fernstudium zum Erlernen der Grundlagen des Marxismus/Leninismus ist eine stabile Form der Verbreitung unserer wissenschaftlichen Weltanschauung. Nicht nur für junge Menschen ist diese Form der Bildung notwendig. Ältere Genossen können ihr Wissen auffrischen und zu neuen Erkenntnissen gelangen. In den Landesorganisationen muß darauf hin gearbeitet werden, daß alle Kandidaten und neuen Mitgliedern unserer Partei an diesem Studium teilnehmen. Für ältere Genossen ist das Studium eine Form der innerparteilichen Weiterbildung.

VII Grundsätzlich kommt es darauf an, unseren Klassenstandpunkt unbeirrt zu vertreten. Die KPD ist innerhalb der kommunistischen Bewegung eine Partei, die in Deutschland diesen Weg kompromißlos geht. Unser Ziel ist die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also des Kapitalismus, die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Arbeiterklasse, damit der Gesamtgesellschaft, und die Produktion nach einem gemeinschaftlich aufgestellten Plan. Die Bekämpfung einzelner sozialer Ungerechtigkeiten oder die Forderungen nach mehr Demokratie und Gerechtigkeit können dieses Ziel niemals ersetzen. Denn unser Ziel bleibt nicht bei einer kleinen Reform stehen, unser Ziel ist der Kommunismus. Und unsere Losung heißt:

„Die KPD lebt“

Zentralkomitee der KPD

Aus dem Inhalt

- Seite 2 - 75 Jahre Gründung der DDR – Aufbruch zum Sozialismus - Rede von Albert Norden zur Forderung der Werktätigen zur Gründung der DDR | Wohlstand - was ist das? | Agrar- und Umweltinformation - Deutschland erreicht Erdüberlastungstag
- Seite 3 - Artikel zum 1. Mai | Wahlen in einer perversen Gesellschaft
- Seite 4 - Unvergessen - Gedenken am 8. und 9. Mai 2024 | 75 Jahre Grundgesetz | Mein Weg in die KPD - „Kein Kommunist wird geboren“
- Seite 5 - Jungkommunist: Ey Atze - Sarmat | Der Kulturauftrag | Die DDR im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Bauelemente und Faserbaustoffe Leipzig
- Seite 6 - Arbeit lohnt sich nicht – vom Wert der Arbeit | Wanderausstellung des Freundeskreises Palast der Republik
- Seite 7 - Superwahljahr 2024 - Es gibt Wahlen und es gibt Wahlen
- Seite 8 - International: „Nur durch den Sturz der [...] Kapitalisten werden die Völker Rußlands und der Ukraine in der Lage sein, sich miteinander auf Frieden zu einigen.“ | Der WGB zum 76. Jahrestag des Nakba-Tages | „Historische Schlußfolgerungen aus der Taktik der antifaschistischen Fronten. Der zeitgenössische Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus“ ...

Kommuniqué zum XXXII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 25. Mai 2024 fanden sich in Berlin Delegierte aus verschiedenen Regionen der BRD zum XXXII. Parteitag der KPD ein. Nach der Eröffnung und Begrüßung der Delegierten durch den Parteivorsitzenden Torsten Schowitz sowie der Wahl der notwendigen organisatorischen Funktionen zur Durchführung des Parteitages, verlas der Geschäftsträger a.i. (ad interim) der Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Koreas, Genosse Kim Chol Jun, ein Grußwort des ZK der Partei der Arbeit Koreas und wünschte uns gutes Gelingen. Im Folgenden rekapitulierte der Vorsitzende die politische Entwicklung der letzten Legislatur sowie die Entwicklung der Partei. Gekennzeichnet war ersteres von der sich verschärfenden Kriegsgefahr und bereits stattfindenden militärischen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft im imperialistischen Weltsystem, die Zeit der Corona-Pandemie sowie die Auswirkungen der arbeiterfeindlichen Sozialpolitik auf die Arbeiterklasse. In Bezug auf die Partei mußte festgestellt werden, daß auch sie von Krisen geschüttelt wurde. Die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen um die Einschätzung des Imperialismus in der heutigen Zeit haben zu heftigen Kontroversen geführt und teils tiefgehende Dissense offengelegt. In diesem Sinne spiegelten sich die Differenzen der Internationalen Kommunistischen Bewegung etwa um die Einschätzung des Krieges in der Ukraine oder der Auseinandersetzung zwischen den Blöcken der NATO und BRICS auch in unserer Partei wider. So sind die auf dem Parteitag verabschiedeten Thesen als Ergebnis dieses intensiven Diskussionsprozesses zu verstehen. Eingegangen wurde auch auf die Schwierigkeiten, aber ebenso dringend notwendigen Aufgaben des Parteaufbaus und der Gewinnung weiterer Mitstreiter im Kampf für den Sozialismus. Nach weiteren Berichten anderer Parteiorgane folgte eine nochmalige Diskussion und Beschluß der Thesen, sowie die Abstimmung zur Zusammenlegung einiger Landesorganisationen zu großräumigeren Verbänden. Die organisatorische Aufstellung der Partei fand ihren Abschluß mit der erfolgreichen Neuwahl der Positionen im Zentralkomitee, der Zentralen Kontroll- und Schiedskommission sowie der Zentralen Finanz- und Revisionskommission. Als Parteivorsitzender wurde wiedergewählt der Genosse Torsten Schowitz. Geschlossen wurde der Parteitag mit dem gemeinsamen Singen der Internationale.



Wohlstand - was ist das?

Da meinte doch ein Herr aus Westdeutschland, ich hätte mir schon nach der „Wende“ ganz schön Wohlstand angeeignet. Mir fehlten die Worte. Zum ersten Mal habe ich über das Wort „Wohlstand“ nachgedacht. Meinte er unser Haus auf dem alten Bauernhof und unser kleines, schon in die Jahre gekommenes Auto? Dieser Blick auf die materiellen Dinge in der kapitalistischen Gesellschaft war mir noch nie so deutlich vorgekommen. Ich kannte anderen Wohlstand. Für mich waren dabei andere Dinge an erster Stelle:

- Die Grundlage für ein finanziell abgesichertes Leben war der Fakt, daß es keine Arbeitslosigkeit gab. Jeder Werktätige wurde in seinem Beruf geachtet, und für gleiche Arbeit gab es gleichen Lohn.
- Meine Frau und ich wohnten mit unseren 4 Kindern in einem neuen Haus und die Miete erdrückte uns nicht. Während wir unserer beruflichen Tätigkeit nachgingen, waren unsere Kinder im Kindergarten bzw. Schulhort versorgt. Somit konnten wir beide ein Fernstudium zum Diplom absolvieren.
- Die Gleichberechtigung der Frauen und die staatliche Förderung der Familie war gesetzlich verankert und für uns selbstverständlich.
- Inflation war für uns kein Thema. Die Fahrten mit den Nahverkehrsmitteln waren für jeden erschwinglich.
- Die Teilnahme am kulturellen Leben war für jeden möglich. Wir gingen z.B. gern und regelmäßig ins Theater.
- Unsere Kinder gingen in eine Schule, wo es egal war, welchen sozialen Stand die Eltern hatten. Es gab Bildung für alle. Man mußte sie nur entsprechend seinen Fähigkeiten nutzen.
- In der medizinischen Betreuung gab es keine Zweiklassengesellschaft. Sie war kostenlos, und man mußte nicht 50 Euro bezahlen, um einen Arzttermin zu bekommen.

Sicher gibt es noch mehr Beispiele, die einen Wohlstand ausmachen. Und man mußte nicht für mehr Gerechtigkeit streiten. Das war aber in einem Land, das sich Deutsche Demokratische Republik nannte und das ranging, den Wohlstand für alle zu schaffen. Dieses Land wurde vor 75 Jahren gegründet und öffnete ein Fenster für den Blick in eine sozialistische Gesellschaft.

Jürgen Geppert

75 Jahre Gründung der DDR – Aufbruch zum Sozialismus

Rede von Albert Norden zur Forderung der Werktätigen zur Gründung der DDR

Die Werktätigen fordern eine demokratische Regierung. *(Aus einer Rede vor Chefredakteuren, 3. Oktober 1949)*

Wir glauben, daß den Kundgebungen der Belegschaften und Persönlichkeiten, die in den letzten Tagen den Ruf nach einer demokratischen Regierung erhoben, eine ganz außerordentliche Bedeutung zukommt. Es ist doch kein Zufall, daß die Betriebe, daß Partei- und Organisationsfunktionäre sich zu Worte melden. Es herrscht das allgemeine Empfinden: So geht es nicht weiter. Warum geht es so nicht weiter? Weil die Quantität der Verletzungen des Potsdamer Abkommens in die Qualität seines Bruchs umgeschlagen ist. Der Kampf der demokratischen Deutschen und der demokratischen Mächte und Kräfte der ganzen Welt für ein demokratisches Deutschland ist mit der Einsetzung einer Verwaltung von profaschistischen Quislingen in Westdeutschland beantwortet worden, Leuten, die der Demokratie immer nur den Rücken zugewandt hatten und an jedem Wendepunkt der Geschichte durch Aufteilung Deutschlands ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen suchten.

Nehmen Sie den Chef der sogenannten Regierung, die von den Amerikanern in Bonn eingesetzt wurde. Dieser Adenauer ist der ewige Separatist. Schon vor dreißig Jahren war er eine führende Kraft bei den Treibereien, die zur Ausrufung der Rheinland-Republik führen sollten, ein Bewunderer Mussolinis, ein Aktionär amerikanischer Konzerne. Adenauer verdankt es Göring, daß er nicht wegen passiver Bestechung durch den Kunstseidekonzern ins Zuchthaus wanderte. An der Spitze der Regierung in Bonn steht also ein Korruptionist, ein in Unehren ergrauter Separatist. Und so sind sie alle.

Der Finanzminister Adenauers und McCloy's betrieb seit 1921 die Abtrennung Bayerns vom Reich. Er solidarisierte sich schon 1922 mit den Nazibanden, die in Bayern weiter töteten, und erklärte im Landtag, daß er in Punkto Antimarxismus „mit der nationalsozialistischen Bewegung vollkommen einig gehe“. 1933 stimmte dieser Herr Schäffer im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetz und erklärte in einem Artikel, daß Hitlers Regierung unbedingt vom ganzen Volke unterstützt werden müsse. Himmler persönlich bot er brieflich seine Mitarbeit an.

Der Präsident dieser Bundesrepublik, Theodor Heuß, stimmte bekanntlich im Reichstag für Hitler. Daß dies kein einmaliger Fehltritt war, daß er stolz auf den Verlust seiner demokratischen Unschuld war, bewies er durch seine ständige Mitarbeit an Goebbels' Zeitschrift „Das Reich“, durch seine Rechtfertigung der Hitlerschen Aggression gegen Polen und auf dem Balkan. Diesen Mann, der nie die Aufnahmeprobe im Verband der deutschen Presse bestehen



würde, hält man für würdig, an die Spitze des westdeutschen Staates zu treten.

Wirtschaftsminister Erhard war schon 1946 in antisowjetische Treibereien verwickelt. Dieser Mann ist nur die vorgeschobene Puppe ausländischer und deutscher Großkapitalisten.

Zwei Wochen ist diese Regierung alt. Hier ist der Rekord: Adenauers Feindschaftserklärung gegen die Sowjetunion wenige Stunden nach seiner Ernennung. Bei der Vorstellung der Regierung im Bundestag rufen Parteiführer der Regierungskoalition nach der Annexion Österreichs, der Sudeten, Böhmens und Mährens.

Die Forderung Max Reimanns nach Frieden und Freundschaft mit Polen wurde mit einem Ordnungsruf und der Erklärung Adenauers beantwortet, daß er „solche Worte im Parlament nicht mehr dulden werde“. Die von McCloy diktierte Abwertung der Mark wird ohne Wimperzucken akzeptiert. Die Minister in Bonn haben nichts zu sagen, es sei denn, sie dürfen einige Hetzreden ultrareaktionärer amerikanischer Senatoren in deutscher Sprache wiederholen und als ihre eigenen ausgeben. Der angelsächsische Herrenclub auf dem Petersberg und seine deutsche Verwaltungsgesellschaft in Bonn hat sich selbst die Maske abgerissen. Sie wollen keinen Frieden. Sie können alles andere gebrauchen. Denn Frieden heißt Abzug der Besatzungstruppen, heißt Aufgabe Westdeutschlands als entscheidende militärische Bastion, heißt, das Gebäude des Atlantikpaktes eines Eckpfeilers berauben. Die amerikanische Kriegspolitik erfordert ein gespaltenes, friedloses Deutschland. Darum haben die Amerikaner in Westdeutschland Leute eingesetzt, die als Separatisten schon seit Jahrzehnten berüchtigt sind und die Stützen der Hitlerschen Kriegspolitik waren.

Der Bonner Staat verkörpert das Regime der reaktionären großkapitalistischen Kräfte. Der Bonner Staat ist der Bruch des Potsdamer Abkommens. Der Bonner Staat bedeutet die Errichtung einer Mauer des Mißtrauens und des Hasses, die uns von

den demokratischen Kräften der Welt trennen soll. Damit ist eine neue historische Situation entstanden, die von Millionen in unserer Zone bereits begriffen und in dem Wortlaut der Resolutionen niedergelegt ist, die nach einer demokratischen Regierung rufen.

Wir haben, durch die Sowjetunion und die Volksdemokratien in großartiger Weise unterstützt, jahrelang den Kampf um die Erfüllung von Potsdam geführt. Dieser Kampf muß nun mit neuen und wirkungsvolleren Formen fortgesetzt werden. Es geht um eine selbständige Regierung, die Außenhandel nicht im Interesse der amerikanischen Bankiers und Stahlindustriellen und Rüstungsherren, nicht im Interesse der englischen Werftbarone führt, sondern um eine Regierung, die bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr von Waren sich ausschließlich vom Gesichtspunkt des deutschen Wohlstandes leiten läßt; es geht um eine Regierung mit einer eigenen Außenpolitik.

Die Bewahrer des Friedens stehen im antiimperialistischen Lager. Nur wenn die kommende deutsche Regierung in diesem Lager steht, wird sie Frieden gewinnen und sichern. Die Regierung in Berlin wird, im Bunde mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien, eine machtvolle Regierung sein, weil ihre gerechten Bestrebungen von den Völkern unterstützt werden. Unsere Regierung wird sich auf die Rechte und Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens berufen und sie erfüllen. Wir werden uns bei unserer Arbeit auf das Vertrauen stützen können, das wir durch unsere gewaltigen Anstrengungen seit 1945 bei den demokratischen Kräften der Welt gewonnen haben (und das die Bonner wieder zu zerstören trachten). Was die Deutsche Wirtschaftskommission mit der Verwirklichung des Zweijahresplans leistet, gehört heute schon zu den positivsten Kapiteln der deutschen Geschichte. Was durch die demokratische Bodenreform und die Reform des Erziehungswesens geschaffen wurde, ist geeignet, dem deutschen Namen wieder hellen Klang in der Welt zu verschaffen. Auf dieser Arbeit wird die kommende Regierung fußen und das ganze Volk sammeln. Man darf annehmen, daß der Deutsche Volksrat sich dem dringenden Ruf, der an ihn aus allen Kreisen der Bevölkerung ergeht, nicht entziehen wird, sondern daß er den darin enthaltenen Forderungen stärkste Beachtung schenken und Maßnahmen ergreifen wird. Niemand ist so berufen dazu wie der Deutsche Volksrat, der aus den demokratischen Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongreß hervorging.

Manuskript. Quelle: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Albert Norden. Fünf Jahrzehnte im Dienst seiner Klasse. Ausgewählte Aufsätze und Reden 1922-1974. Dietz Berlin 1974. S.141-144

Agrar- und Umweltinformation - Deutschland erreicht Erdüberlastungstag

Ab dem 2. Mai hat Deutschland in diesem Jahr seine ihm rechnerisch zustehenden natürlichen Ressourcen verbraucht. Das heißt, wir leben nun den Rest des Jahres auf Pump gegenüber der Natur. Im letzten Jahr war weltweit dieser Tag am 2. August erreicht, auch da lag Deutschland schon davor. Auszubaden haben das künftige Generationen und Menschen in gefährdeten Lebensräumen weltweit: überfischte Meere, abgeholzte Wälder, verdorrte Weiden, durch Überdüngung und Chemikalien aus Industrien verunreinigtes Grundwasser – die Liste ließe sich natürlich problemlos verlängern. Etwa um die hohen Treibhausgasemissionen. Sogar das Bundesverfassungsgericht sah das Wohl kommender Generationen gefährdet. Ihnen würde durch die fortschreitende Erderhitzung eine enorme Last aufgebürdet. In der Debatte ging es um das Recht auf Zukunft und um Generationengerechtigkeit. Über 90 Prozent des Verlustes biologischer Vielfalt und etwa 50

Prozent der Treibhausgasemissionen [1] sind mit der Bereitstellung und Umwandlung von Ressourcen wie Sand oder Öl zu Produkten verbunden. Wir erinnern uns noch, daß die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel oft als sogenannte Klimakanzlerin gefeiert wurde, die als eine Vorreiterin in Sachen Klima- und Umweltschutz gelte. Und jetzt das. Würden alle so viel konsumieren wie wir, bräuchten wir drei Planeten. Wir brauchen hier nicht zu erwähnen, daß die Anteile am Weltressourcenverbrauch in den anderen Industrieländern ähnlich, und natürlich in den USA besonders hoch sind. Den sogenannten Overshoot-Day ermittelt jährlich das Global Footprint Network [2]. Bis 1970 lag der Verbrauch natürlicher Ressourcen innerhalb der planetaren Grenzen. Greenpeace hat z.B. unlängst bei einer vor Ort Recherche in Kenia, Tansania und Ghana festgestellt, welche Unmengen an Plastikmüll aus Europa dort ankommen. Nike, Gucci, Superdry

oder H&M – auf riesigen Mülldeponien landet dort das, was in Ländern wie Deutschland aussortiert wird, weil der Kleiderschrank zuhause oder die Lager der Modeketten zu voll sind. Das Hauptproblem der Modeindustrie ist dabei die Masse an produzierter Kleidung. Der Online-Textilhändler SHEIN etwa befeuert mit unglaublichen 6.000 manchmal sogar 9.000 neuen Artikeln [3] pro Tag auf der Homepage und in den Social-Media-Kanälen den Durchlauf in den Kleiderschränken weltweit. Die Überproduktion von Kleidung vermüllt nicht nur die Umwelt, sie ist auch schlecht fürs Klima. Jede Tonne Kleidung verursacht in ihrem Lebenszyklus 15 bis 30 Tonnen CO2. Lediglich ein Prozent der neu hergestellten Textilien besteht aus recycelten Textilfasern. In dem sogenannten Kreislaufwirtschaftsgesetz ist z.B. gefordert, daß Unternehmen ihren Warenüberschuß nicht vernichten oder in den globalen Süden schieben können und verantwortlicher mit

unser aller Ressourcen umgehen. Auch sollen Langlebigkeit und Reparaturmöglichkeiten für Laptop, Handy und Co. verbessert werden. In Verknennung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse meint Greenpeace wieder einmal, der „Verbraucher“ könne A: selbst was tun, und B: die Politik beeinflussen Abhilfe zu schaffen. In einer Gesellschaft, wo aber das Streben nach Höchstprofit und kapitalistische Ausbeutung Grundlage des Wirtschaftssystems sind, steht nicht das Wohl des Menschen im Mittelpunkt. Unsere Aufgabe ist es daher, das den Menschen klar zu machen.

Axel Schmidt

[1] <https://wedocs.unep.org/handle/20.500.11822/27517>
[2] <https://www.footprintnetwork.org/>
[3] <https://www.greenpeace.de/engagieren/nachhaltiger-leben/shein>

Erster Mai – ich bin dabei

hieß es früher und gilt für uns immer noch. Am ersten Mai begingen wir also aufs Neue auch in Leipzig den Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse. Einen Anlaß zum Feiern gibt es nicht. Einen Anlaß zum Kämpfen gibt es sehr wohl.



Dessen ungeachtet verlegte sich der DGB in Leipzig auf eine Feier und lud zum Marktfest des DGB ein. Mehr Tarifbindung war unter dem Motto „Mehr Lohn, Freizeit und Sicher-

heit“ ausgerufen. Die Vorsitzenden der SPD Leipzig unterstützten diesen Aufruf. Dieselbe SPD zeichnet mit dem Bündnis 90/ Die Grünen für die Agenda 2010 verantwortlich. Acht Jahre nach der Agenda 2010 wurde dieses Werk 2015 durch die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 € vollendet. Susanne Neumann, eine Reinigungskraft aus Gelsenkirchen, charakterisierte das Ganze damals (2017) so: „Vor zehn Jahren hab´ ich gedacht, schlimmer kann es nicht kommen, aber heute muß ich sagen: Es wird immer noch ´ne Schippe draufgelegt. Mit jeder Ausschreibung – der Billigste wird genommen – steigt die Arbeitsbelastung, und viele Frauen zerbrechen daran“. [1]

Die Knochenmühle läßt sich so beschreiben: Arbeitslosigkeit – Minijob – Weiterbildung – neuer Minijob. Für Susanne wird das eine Rente ergeben, die unter der sogenannten Grundsicherung liegt. Also keine.

Seit dem ersten Januar ist der Mindestlohn auf 12,41 € festgesetzt. Es gibt branchenspezifische Mindestlöhne, die höher sind. Ent-

sprechend dem Mindestlohngesetz beschließt die Mindestlohnkommission, in der Gewerkschaften und sogenannte Arbeitgeber vertreten sind, die Mindestlohnentwicklung. Per Rechtsverordnung wird der Mindestlohn dann verbindlich. Anschließend waschen sich alle die Hände in Unschuld.



Gab es nun einen kämpferischen ersten Mai? Ja. Es gab die Revolutionäre Erster Mai Demonstration am Südplatz. „Gegen Ausbeu-

tung, Krieg und Krise! Für den Sozialismus! Hoch die internationale Solidarität!“ hieß es dort. Ob die Vorsitzenden der SPD Leipzig diesen Aufruf unterstützt haben, interessiert mich nicht die Bohne. Vermutlich nicht, wurde doch erst am Marktplatz eine klassenkämpferische Intervention unterbunden. Die arbeiterfeindliche Politik der sogenannten Sozialpartner sollte dort nicht angegriffen werden. Solidarität mit den Opfern des Völkermords in Palästina durfte beim DGB-Demonstrationszug nicht thematisiert werden. Sicherstellen sollte das die Staatsgewalt. Die vorgetragenen Reden der revolutionären Demo waren jedenfalls schlüssig, klar, kämpferisch und solidarisch. Anschließend folgte ein mächtiger Demonstrationszug durch Leipzig. Wir waren überall dabei und konnten außerdem fast 150 Unterstützungsschriften für die Landtagswahl gewinnen.

PB

[1] <https://www.deutschlandfunk.de/die-agenda-verlierer-wie-billigjobs-die-gesellschaft-spalten-100.html>

1. Mai 2024 Eisenhüttenstadt



9.30 Uhr, schwierig aber geschafft. 35 Postkarten mit DDR Erfahrungen, der heutigen Lage und Friedenssehnsucht der Menschen der Welt, als auch 6 Spruchbänder mit Frieden, Freundschaft, Solidarität flatterten, sichtbar an den Drillings Birken auf dem „Linken Treff“ Platz auf der Insel, zu dem ab 14.00 Uhr mit der 1. Mai „Feier“ geladen wurde. Maidemo gibt es seit über 30 Jahren hier keine, dafür klammert sich Gewerkschaft und SPD, getrennt von „uns“ auf den 50 Meter entfernten Areal seit 10 Uhr. Doch wir wollten wissen, unter welchen Sprüchen beide den Kapitalismus „menschlicher“ machen gedenken. Versuch eines MdB SPD, uns die Werte der Demokratie der herrschenden Klasse zu erklären, klang wie 'ne Wahlrede und wie gehabt an uns hier unten vorbei. Gewerkschaft in Hütte ist pflichtgemäß die IG Metall. Das „EKO“, gab einst unserer Stadt den Namen, ist längst nicht mehr der größte Arbeitgeber – im Pflege- und Gesundheitsbereich malochen weit mehr Lohnabhängige – verkündet immer noch stolz, daß es nur „Friedensstahl“ produziert. Ob es die neuen Eigner auch so sehen? So, nun zu unserem Auftritt. Wie macht zwei, aus kommunistischem „Altmetall“, neben den „Linken“, MLPD (die uns Stand mäßig einluden) und sage und schreibe „Grünen“ auf ihr Anliegen und sich aufmerksam? Optisch, wie auf dem Foto zu sehen, Angebot, da improvisierten wir (scheinbar ganz gut), denn wir sammelten Ausgaben der jW (immer ein Zugmittel), DRF, Rotfuchs, Rote Hilfe, antifa, steckten das Abo Angebot unserer Zeitung mit hinein und packten einen handge-

machten Flyer zu den Lesezeichen auf den Tisch. Neben kleinen „Lockmitteln“ für die Jüngsten, wurden die roten Äpfel mit einem Lächeln genommen. Diese Variante ermöglichte, daß wir unser Gesinnung nicht verkaufen mußten, sondern Interessierten im Gespräch überlassen konnten. Lag es daran, daß wir auch nicht mehr die Knusprigsten und am Rollstuhl gefesselt sind, daß vorrangig informierte und wissende Ältere uns aufsuchten? Fühlt sich manch wer so einfach doch noch gehört und gebraucht? Aber auch jüngere Besucher hörten sich an, was wir ihnen auf die To-Do Liste schreiben wollen. Schade, eine Gruppe aus dem hiesigen Asylbewerberheim, deren Schicksal in den angebotenen Presserzeugnissen unsere Ehrlichkeit und Solidarität zum Ausdruck kommt, waren zwar neugierig, aber unserer Sprache nicht mächtig. Aufgefallen ist auch dieses Jahr die Frage, ob die KPD denn nicht verboten sei. Was hat Neu-Wessi seinerzeit eigentlich dem „Einigungsvertrag“ entnommen? Hier war „sattelfest“ von Nöten. Denke, die Fragen zur Haltung der KPD zu den aktuellen Kriegen nicht nur in meinem, sondern unserem Sinn beantwortet zu haben. Resümee: da 3 mal nach unserem Programm gefragt wurde, packen wir es im nächsten Jahr mit auf den Tisch. Wenn die Vorbereitung und Durchführung ein Kraftakt, war er für unser Gewissen Ausdruck des Sinns unseres gelebten Lebens.

Wolfgang und Cornelia
aus Eisenhüttenstadt
(der einstigen ersten sozialistischen
Stadt der DDR)

1. Mai - Kein Kampftag der Arbeiterklasse, nur ein weiteres inhaltsloses Brückenfest in Frankfurt (Oder)

Gemeinsam mit unseren Mitstreitern vom Rotfuchs haben auch wir uns zum 1. Mai unter's Volk gemischt und am Brückenfest des Frankfurter Maikomitees teilgenommen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten zum Stellplatz unseres Pavillons haben wir uns letztendlich jedoch gut einrichten können und auch den Genossen der DKP aus Frankfurt und Cottbus einen Platz anbieten können. Das Maikomitee, welches das Brückenfest organisierte, setzte sich vor allem aus dem DGB Stadtverbund und seinen Mitgliedsgewerkschaften, sowie der Partei DIE

linke Mai-Ausgaben verkaufen und erreichten damit nicht das Ergebnis vom vorigen Jahr. Interesse fanden auch Hefte aus der KPD Schriftenreihe sowie das Parteiprogramm, von dem fünf ausgegeben werden konnten. Ebenfalls offensiv gingen wir mit den gleichnamigen Heften um und haben dabei Hefte und ein Buch an Besucher und Gesprächsinteressierte abgeben dürfen. Bemerkenswert war diesmal der Umstand, daß besonders viele junge Besucher an unseren Stand kamen und das Gespräch mit uns suchten. Die Themen dabei waren sehr viel-



LINKE, SPD und anderen Organisationen der Stadt zusammen. Dementsprechend waren auch die auf der Festbühne gehaltenen Reden mit ihren üblichen inhaltslosen Botschaften an die Frankfurter Bevölkerung und einzig in der Friedensfrage gab es Punkte, die von uns in etwa Zustimmung erhalten konnten. Ebenfalls kurz auf der Bühne zeigten sich Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke und Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, die besonders am 1. Mai wieder ihre „Volksverbundenheit“ zeigen wollten.

Für unsere DRF liefern wir mehrmals zu zweit über das Festgelände und verteilten ausgiebig ältere Ausgaben als kostenlose Leseprobe an die Besucher. Am Stand konnten wir dagegen nur einige aktuel-

fältig. Sie führten von gegenwärtigen Kriegen und der Friedensfrage zum Bürgergeld und endeten bei diffusen Sozialismus- bzw. Kommunismusvorstellungen der Besucher.

Am Rande des Brückenfestes führte die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE eine sonderbare Mai-Demo durch, auf der es keine Eröffnungsrede gab und auch keine Arbeiterlieder zur Demo abgespielt wurden. Lediglich Plakate und Fahnen wurden bei dieser von der KPF bewußt gewollten stillen Mai-Demo mit sich geführt, an der sich ca.15 Teilnehmer beteiligten.

Mit kommunistischen Grüßen
aus Frankfurt (Oder), Jens

Wahlen in einer perversen Gesellschaft

Die bürgerliche Gesellschaft als die Wurzel des bürgerlichen Staates leidet nicht nur an Scharmützel-Widersprüchen, sondern an erheblichen antagonistischen. Die kapitalistische Gesellschaft ist eine grauenvoll-widersinnige - was soll da das Gelabere von Demokratie. Eine Demokratie der wenigen vollen und vielen leeren Taschen ist keine, sondern gesamtgesellschaftliche physische und psychische Folter mit Depressionsfolgen. Der Mensch kann sich in einer Welt der Entfremdung nicht in sich selbst finden, wie kann er gesund sein? Die bürgerliche Pseudodemokratie schwebt nicht in der Luft, sie ist einer krankmachenden Ausbeutungswirtschaft verhaftet. Eine proletarische Klasse, an der das Unrecht schlechthin begangen wird, kann sich nicht mit zwei Kugelschreiberstrichen das Elend ihres Lebens schönschreiben, dazu bedürfen die Hammer- und Sichelmenschen Gewehre. Also liegt eine Scheuklappendemokratie vor: Reine Wahlen ohne Beziehungen zur Fabrik, ohne Beziehungen zur Arbeit auf dem Lande, ohne Beziehung zu den Krankenhäusern, in denen die erschöpften Malocher liegen. Eine von der kapitalistischen Klasse krankgemachte Gesellschaft kann durch Pseudowahlen nicht gesund gekreuzt werden, im Gegenteil. Wer ist es, der da auf die Menschen einschlägt, daß sie so durch und durch erkaltet? Richter, Lehrer und Beamte werden nicht gewählt, wie es in der Pariser Commune der Fall war. In Paris herrschte 1871 ein demokratisches Klima, nicht so heute: eine sterile, kalt-mathematische Erfassung, die proletarische Ware aus der Fabrik bleibt auch im Wahllokal ein Spielball fremder Mächte, Objekt bzw. Material für die Statistiker und Prozentrechner. Es ist doch sonnenklar, daß in einer perversen Gesellschaft auch nur eine perverse Demokratie heranwachsen kann. Superwahljahr 2024 – was für ein grauenvolles Jahr! Marx verließ Deutschland mit den Worten auf den Lippen: 'Man verfälscht sich hier nur selbst'. Das gilt, auch wenn keine Wahlfälschung vorliegt. Wieviel mehr muß das im Imperialismus gelten. Auf die Kurzformel gebracht lautet die marxistische Kritik am Parlament: Sadistische Faulheit!! Marx, Engels, Lenin und Stalin sprechen vom parlamentarischen Zertreten des Proletariats. Der Kapitalismus ist genuin sadistisch angelegt, die Pariser Commune war eine arbeitende Vertretungskörperschaft, keine bloß schwatzende. Hier haben wir in der Theorie das Schibboleth, an dem sich in der Einschätzung des Parlaments die wahren und die falschen Freunde des Volkes scheiden. "Das Parlament entartet zum Bordell, in dem eine Bande von bürgerlichen Politikastern en gros und en detail mit „Volksfreiheit“, „Liberalismus“, „Demokratie“, Republikanismus, Antiklerikalismus, Sozialismus und allen sonstigen gangbaren Waren handelt“. (Lenin, Der Partisanenkampf, Werke, Band 11, Dietz Verlag, Berlin, 1960, 211). Geschrieben 1906, bestätigt 2024.

Heinz Ahlreip

Unvergessen Gedenken am 8. und 9. Mai 2024

In verschiedenen Städten gedachten unsere Genossen dem Tag der Befreiung vom Faschismus bzw. dem Tag des Sieges. Im Folgenden als Überblick Berichte und Beiträge von Genossen aus Frankfurt (Oder), Berlin und Leipzig:

Ehre den Befreiern - Kommunisten im Oderbruch



Gegen den von den obersten Organen dieses Staates gerichteten Hass auf die russische Regierung und Bevölkerung richtete sich unsere Fahrt in das Oderbruch zum 79. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee. Zugleich gedachten wir der Tausenden gefallenen sowjetischen Soldaten beim letzten großen Kampf vor Berlin. Wir betrachteten unsere Fahrt zu den sowjetischen Friedhöfen auch als eine Aktion in Vorbereitung auf den 32. Parteitag der KPD.



Genossen aus Berlin und Frankfurt (Oder), gemeinsam mit einer Genossin der DKP und einer Verbündeten unserer Gruppe, ehrten die Befreier vom deutschen Faschismus an ihren Grabstätten in Frankfurt (Oder), Booßen, Lebus, Reitwein und Seelow mit Blumen und stillem Gedanken. Auch an die Kämpfer der Zweiten Polnischen Armee, die nördlich von Wriezen 1945 die Oder überquerten, wurde gedacht.

Erfreut konnten wir zur Kenntnis nehmen, daß die jeweiligen örtlichen Organe, ganz im Gegensatz zum gesamtstaatlich organisierten Russenhass, die sowjetischen Gedenkstätten vorbildlich gesäubert und mit Blumen geschmückt hatten. In Frankfurt (Oder) kamen viele Einwohner zum Friedhof. Sie legten rote Nelken auf die Grabplatten. Am Denkmal wurde ein großes Blumengebilde der KPD niedergelegt.



Wir meinen, unsere Aktion war auch eine Antwort an unsere ach so grüne Außenministerin Annalena Bärbock auf deren provokative Meinung, daß die Russen zu ruinieren wären.

Werner Schleese

Wehret den Anfängen - Protest zum Verhalten der Polizei (und des Staates) am 9. 5. 2024 am Treptower Ehrenmal

Sind wir schon im Faschismus? Dieser Frage mußte ich mir am 9. Mai im Treptower Park in Berlin stellen. Tausende waren gekommen, um der Gefallenen der Roten Armee zu gedenken. Am 9. Mai wird in Rußland der Tag des Sieges über den Faschismus gedacht.

Bereits am Eingang empfing uns die Polizei. Ich frage mich, welchen Grund gibt es, Menschen zu kontrollieren, die Toten ihre Ehre an diesem besonderen Tag, dem "Tag der Befreiung", erweisen wollen? Ich erfahre: Das Mitführen von Nationalflaggen wie auch von Losungen in russischer Sprache sei unerwünscht. Die Polizei war auch auf der Straße präsent, die zum Ehrenmal führt und an deren Seiten Stände von Parteien und Vereine Flyer und Lesestoff zum Thema Krieg und Frieden anboten. Wurde an einem Stand eine Losung in russischer Sprache entrollt, war die Polizei sofort mit einem Verbot zur Stelle. Das erinnert mich an die Situation in der Ukraine. Die russische Kultur steht dort unter Strafe, die russische Sprache ist verpönt. Sind wir nun auch auf diesem Weg? Allmählich muß ich mich schämen, eine Deutsche zu sein.

Ella Schleese, Frankfurt (Oder)

Nie wieder imperialistischer Krieg - Nie wieder Faschismus!



Zum Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, dem Tag der Befreiung, legten wir auch dieses Jahr am Sowjetischen Ehrenhain auf dem Ostfriedhof Nelken nieder. Gerade hier in Deutschland ist eine solche Erinnerungskultur sehr wichtig und zählt mit zu den Hauptaufgaben des klassenbewußten Arbeiters und Kommunisten, denn wir wollen aus der Geschichte lernen und Fortschrittliches weitertragen. Daß die Symbolik solcher Gedenktage den Herrschenden ein Dorn im Auge ist, haben sie in diesem Jahr deutlich gezeigt. Zahlreich wurden Genossinnen und Genossen etwa in Berlin, aber auch in Leipzig beim Begehen des 8. Mai von der Staatsgewalt gestört. Wir lassen uns davon nicht einschüchtern. Zum unendlichen Dank ist die deutsche Arbeiterklasse den Töchtern und Söhnen der Sowjetunion, der Roten Armee, verpflichtet.

KPD RO Leipzig-Umland

75 Jahre Grundgesetz

Auf Entscheidung der Westalliierten wurde das Grundgesetz am 23. Mai 1949 erlassen und trat am 24. Mai in Kraft.

Aktive Politiker und solche außer Dienst trafen sich in Berlin zur Festveranstaltung anläßlich des 75-jährigen Bestehens des Grundgesetzes. Der Bundespräsident Steinmeier würdigte das Grundgesetz als ein "großartiges Geschenk" für Deutschland nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das im Alltag gepflegt, bewahrt und verteidigt werden müsse. "Ich bin überzeugt: Diese Verfassung gehört zu dem Besten, was Deutschland hervorgebracht hat." Diese sei Vorbild für viele andere Verfassungen geworden.

Ist das so?

Zunächst muß erst einmal klargestellt werden, das Grundgesetz ist keine Verfassung, auch wenn das immer wieder behauptet wird. Nie wurde das Volk bei der Erarbeitung einbezogen, noch wurde darüber durch das Volk abgestimmt. Neben des sich selbst Feierns warnte der Bundespräsident: „Es kommen rauhe, auch härtere Jahre auf uns zu.“ denn „Der Kampf um finanzielle Ressourcen wird härter werden, und damit natürlich auch der Streit um das, was wichtig ist.“ - Wie wird dieser Kampf geführt? Die Bundesregierung unterstützt die härtesten Kriege in der heutigen Zeit mit Waffen. Während Bundeskanzler Olaf Scholz die „Freiheits- und Werteordnung“ des Grundgesetzes lobt und in offiziellen Stellungnahmen von „75 Jahren Freiheit“ die Rede ist, werden außenpolitisch mißliebige Meinungen zunehmend unterdrückt und ihre Anhänger ausgegrenzt. Unterdrückung der Bevölkerung in der so gelobten Meinungsfreiheit, und Ausgrenzungen haben enorm zugenommen. Nach 75 Jahren des Grundgesetzes befindet sich Deutschland in einer Phase einer rasch zunehmenden autoritären Formierung.

Mit dem Beginn des Ukraine-Krieges wurden russische Medien verboten, russische Künstler boykottiert und sogar Werke russischer Komponisten aus Programmen genommen. Seit dem Beginn des Gaza-Kriegs werden Palästinensern und ihren Unterstützern

Literaturpreise entzogen, Kulturzentren genommen und Bankkonten gekündigt - Letzteres auch dann, wenn es sich um jüdische Organisationen handelt. Bundesminister beginnen, Hochschuldozenten, die sich für das Recht auf Protest aussprechen, offiziell zu disziplinieren, während die Bundesregierung Einreiseverbote gegen Kritiker verhängt. Andere westliche Staaten reagieren entsetzt. Einher geht der Geschichtsrevisionismus. Ein Beispiel dafür ist die Erinnerung an die Befreiung Deutschlands und Europas von der NS-Herrschaft. So waren bei den Befreiungsfeierlichkeiten am 9. Mai am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow nicht nur russische Fahnen und Symbole verboten, sondern auch die Flagge der Sowjetunion, die die Hauptlast bei der Niederwerfung des NS-Reichs getragen hatte. Verboten wurde z.B. auch das Mitführen einer Tageszeitung, die auf ihrer Titelseite ein berühmtes historisches Foto von der Einnahme des Reichstags durch sowjetische Soldaten zeigte, weil auf ihm eine sowjetische Flagge zu sehen ist, die die Soldaten gerade über dem Reichstag schwenkten. Ukrainische Flaggen hingegen waren erlaubt, obwohl die Organisationen der ukrainischen Faschisten, die 1941 einen ukrainischen Staat zu gründen versucht hatten, mit den Nazis kollaboriert sowie den Massenmord an den europäischen Juden aktiv unterstützten. Auch zugelassen waren Werbemaßnahmen ultrarechter Aktivisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu.

Solche und andere Beispiele könnten die Seiten füllen. Es muß aber erwähnt werden: Es gab eine Verfassung, die vom Volk bestätigt wurde, aber nicht in der BRD, sondern in der DDR. Diese wurde außer Kraft gesetzt ohne das Volk zu befragen, so als wäre es selbstverständlich, daß die Bürger der DDR nur auf diesen Segen des Grundgesetzes gewartet hätten. Das heute herrschende imperialistische System in der BRD läßt eine wirkliche Verfassung nicht zu, denn: „Der Kampf um finanzielle Ressourcen wird härter werden, und damit natürlich auch der Streit um das, was wichtig ist.“ Und dabei möchte die Bundesregierung natürlich einen großen Anteil davon haben.

Jürgen Geppert

Mein Weg in die KPD „Kein Kommunist wird geboren“

Lothar Piechowski

Geboren wurde ich als Kind 1948 in Greifswald in einer Arbeiterfamilie. Gewohnt habe ich im Dorf und bin auch dort aufgewachsen. Eingeschult wurde ich 1955 in der Friedrich-Wilhelm Wander Schule in Grimmen. Schon früh nahm ich am Klassenleben teil und wurde zum stellvertretenden Gruppenratsvorsitzenden gewählt. 1963 beendete ich die Schule und wurde aus der 8. Klasse verabschiedet. Im gleichen Jahr begann ich eine Maurerlehre und schloß diese auch ab. Bis 1977 arbeitete ich in diesem Beruf mit einer Unterbrechung. Im Jahr 1967 ging ich meinen Wehrdienst ableisten, bei den Grenztruppen der DDR.

Mit der politischen Arbeit begann meine FDJ-Tätigkeit und ich wurde zum FDJ-Sekretär gewählt. Diese Tätigkeit übte ich in einem Baubetrieb in Grimmen aus. Während dieser Zeit lernte ich den Kreissekretär Klaus-Dieter Hille kennen, der später Vorsitzender des Rates des Kreises wurde. Unsere politischen Gespräche hatten einen positiven Einfluß auf meine Entwicklung. Im August 1967 wurde ich folgerichtig auch Mitglied der SED.

Ich trieb außerdem Leistungssport und wurde 5 mal Bezirksmeister in Boxen und erkämpfte eine Bronzeme-

daille bei den Grenztruppen Meisterschaften der DDR 1968.

Ich interessierte mich für die kommunal-politische Tätigkeit. So wurde ich ab 1977 Bürgermeister in den Gemeinden Poggendorf und Elmenhorst. Gleichzeitig nahm ich ein Fernstudium auf an der Fachschule für Staatswissenschaft Weimar und erlangte den Abschluß „Staatswissenschaftler“. Nach dieser Tätigkeit habe ich in meinem Bau-Beruf weiter bis zur politischen Wende gearbeitet. Danach habe ich mich weiter als Maurer durchgeschlagen oder Arbeit gesucht.

Wie kam ich zur KPD?

In Berlin Buch habe ich die Zeitung „Die Rote Fahne“ gelesen. Das war für mich ein Wendepunkt für meine politische Tätigkeit. Das war die Zeitschrift der KPD. Einige Zeit später habe ich Grillhähnchen in Wolgast verkauft. Am Kiosk sah ich die Zeitung „Die Rote Fahne“ und kaufte sie mir. Etwas später fand ich den Genossen Brus und wir trafen uns bei ihm. Es war ein Treffen mit dem Genossen Rolle in Gnoißen und ich wurde Kandidat der KPD. Ein Jahr später wurde ich als Mitglied der KPD aufgenommen und in das ZK gewählt, dessen Mitglied ich noch heute bin.



Icke: GPS?
Atze: PGS.
Icke: Und das bedeutet?
Atze: Prompt Global Strike.
Icke: Was heißt das auf inländisch?
Atze: Soviel wie umgehen, der, weltweiter Schlag. Die wollen innerhalb einer Stunde weltweit jedes Ziel auf der Welt treffen.
Icke: Mit Atomraketen?
Atze: Nicht ausschließlich. Die Amis behalten sich mit dem Programm vor, auch konventionelle Sprengköpfe auf ihren Interkontinentalraketen einzusetzen.
Icke: Krass. Dann knallen die einfach irgendwo rein.
Atze: Es gibt Systeme, die die Atommächte davor warnen.
Icke: Und dann?
Atze: Dann werden Abwehrmaßnahmen eingeleitet und ein atomarer Gegen-schlag ausgelöst.
Icke: Auch bei vorbeifliegenden konventionellen

Sprengköpfen?
Atze: Ein Frühwarnsystem gegen anfliegende Atomraketen kann Interkontinentalraketen mit konventionellen Sprengköpfen nicht von atomar bestückten unterscheiden. Und die einzelnen Sprengköpfe sind letztendlich manövrierfähig.
Icke: Immerhin gibt es Frühwarnsysteme. Das hält alle in Schach.
Atze: Die NATO hat jüngstens zwei- oder dreimal russische Frühwarnsysteme mit Drohnen beschießen lassen.
Icke: Oh. Dann sind die quasi blind und es kann versehentlich zu einem Atomkrieg kommen?
Atze: Die Drohnen haben nicht versehentlich russische Frühwarnsysteme angegriffen.
Icke: Ich meine...
Atze: Die angegriffenen Frühwarnsysteme beobachten den Mittelmeerraum. In dem Bereich haben die USA nuklear bestückbare Mittelstreckenraketen systeme installiert.
Icke: ...
Atze: Ein Frühwarnsystem kann nicht erkennen, ob anfliegende Kurz- und Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen bestückt sind.
Icke: Jetzt stehen die Russis blöd da?
Atze: Rußland hat als Reaktion auf den us-amerikanischen Prompt Global Strike unter anderem mit der Entwicklung der Interkontinentalrakete Sarmat reagiert.
Icke: Sarmat... hört sich an wie Schach matt. Was kann die?
Atze: Google kennste?!

Der Kulturauftrag



reißen. Es traten auf verschiedenen Freilicht- und Theaterbühnen, in Kabarets und Varietés Hauptberufliche- und Arbeiter-Chöre, Schauspielgruppen, Musiker und Tänzer aus verschiedenen Ländern von jung bis alt auf. Auch konnten Amateur-Filmregisseure und der Zirkel Schreibender Arbeiter ihre Werke einer Jury präsentieren beziehungsweise vorlesen. Besonders die Zusammenarbeit von Laien- und Berufskünstlern war gewünscht und etwa das gemeinsame Konzert des Leipziger Gewandhausorchesters mit dem Chor des Stahl- und Walzwerk Riesas entsprechend ein Höhepunkt. Für die Entfaltung des fortschrittlichen sozialistischen Individuums war hier also genau der richtige Platz.
Bis 1988 fanden in allen 22 Arbeiterfestspielen der DDR lokale historische Ereignisse, alter und neuer Literaten speziell aus den jeweiligen Bezirken, Errungenschaften und zukunftsweisende Stücke und Texte auf die Bühnen. Doch nicht nur Tanz und Musik auf den Bühnen, bildende Kunst in den Galerien auch die Region und Bevölkerung fördernde Einrichtungen wurden geschaffen. So zum Beispiel auch im Bezirk Halle anlässlich der 10. Arbeiterfestspiele

die Eröffnung von zwei großen Mes-schallen und eine Kunsteis-Halle, welche Platz für 4.900 Zuschauer bot. Oder die Wiedereröffnung des Goethe-Theaters in Bad Lauchstädt bei Halle, ebenfalls anlässlich der 10. Festspiele. Aber auch diverse Restaurationen alter Theater- und Musikhäuser, Kur- und Sportanlagen anderer Bezirke zählen dazu. Ein bis heute bestehendes „Überbleibsel“ der Arbeiterfestspiele ist insbesondere im Norden Deutschlands bekannt – die Rügenfestspiele. Ebenfalls im Rahmen des Kulturauftrages des DDR wurden diese 1959 ins Leben gerufen und auf der dafür gebauten Naturbühne von 1959 bis 1961 die *Dramatische Ballade „Klaus Störtebecker“* von Kurt Barthel mit ca. 1.000 Mitwirkenden aufgeführt. Während der 18. Arbeiterfestspiele im Bezirk Rostock fand 1980 die Neuaufführung statt. Ab 1993 wurde die Bühne erneut bespielt, nun aber in privater Hand und ohne Kulturauftrag im Sinne der Arbeiterklasse.
Die Arbeiterfestspiele unter Leitung des FDGB und des Verbandes Bildender Künste erfüllten genau den Zweck für den sie ins Leben gerufen wurden. Anbindung und Vernetzung der 14 Bezirke aneinander und dem internationalen Proletariat. Zudem und eigentlich am offensichtlichsten die Anbindung der Menschen an Kunst, Kultur und dem öffentlichen Leben auch in weniger stark bevölkerten Regionen.

Holger Brahms

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Bauelemente und Faserbaustoffe Leipzig

Vielfach wurde in der DDR die sogenannte Schönfärberei der Medien kritisiert. Der Sozialismus braucht die Wahrheit, lautet das Argument, und für die Analyse und Korrektur von Fehlern ist das auch richtig. Doch Propaganda hat noch eine zweite Funktion: die Motivation im Kampf, insbesondere im internationalen Klassenkampf. Man braucht sich nur anzusehen, wie im Leistungssport die weltbesten Trainer ihre Sportler anfeuern. Immer wird das Positive und bereits Erreichte betont, nie wird genüßlich auf Mißerfolgen herumgeritten. Die Psychologie kann dieses Herangehen sehr gut begründen. Auch der Klassenfeind verschweigt seine Niederlagen trotz pseudokritischer Attitude, so gut es geht. Intern sah das in der DDR durchaus anders aus, auch wenn die Zeitungen lieber von den Betrieben berichteten, die den Plan übererfüllten, als von denen, wo es haperte.
Der VEB Kombinat Bauelemente und Faserbaustoffe Leipzig (BAUFA) verfehlte Mitte der 1980er Jahre in einigen wichtigen Plankennziffern über mehrere Jahre hinweg die Planerfüllung. Wegen der Priorität des Wohnungsbauprogramms, für das BAUFA ein wichtiger Zulieferer war, konnte das die SED 1986 nicht länger dulden und löste den Generaldirektor (GD) ab. Bei der Suche nach Lösungen spielte übrigens der Parteiorganisator der ZK eine größere Rolle als im Normalbetrieb. 1986 war es Genosse Roland Fischer. Das zuständige Ministerium für Bauwesen setzte nach Be-

ratung u.a. mit der SED-Bezirksleitung Leipzig Dr. Ing. Thomas als neuen GD ein. Das von jenem eingeleitete Intensivierungsprogramm zeitigte schon bald Erfolge. Jeweils gemessen vom 30.9.1987 bis zum gleichen Tag des Folgejahres (30.9.1988) verbesserten sich die meisten entscheidenden Parameter deutlich. Die Nettoproduktion wuchs von 446,5 Millionen Mark auf 487,5 Mio M an (+9,2%). Der Nettogewinn stieg von 135,2 auf 169,5 Mio M, also um mehr als ein Viertel! Der Export erhöhte sich um 14,2% (68,9 auf 78,7 Mio M) ins sozialistische und 24,6% (19,1 auf 23,8 Millionen Valutamark) ins nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet. Bei den abgesetzten Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung ergab sich ein Plus von 9,4%, beim Produktionsmittelhandel von 15,0% in diesem einen Jahr (auf 56,0 und auf 238,6 Mio M). Daß die Fortschritte durch Intensivierung zustande gekommen waren, zeigt sich besonders, wenn man den Anstieg der genannten Größen mit dem der Industriellen Warenproduktion (IWP) vergleicht. Die IWP erfaßt nicht den neu von den Betrieben geschaffenen Wert, sondern den Gesamtwert der Erzeugnisse mit allen Vorprodukten, weshalb die IWP auch steigen kann, wenn man für das gleiche Produkt mehr Material verbraucht. Genau deshalb orientierte man in der

Wirtschaftsplanung der 1980er Jahre wieder zunehmend stärker auf intensive Kenngrößen wie Nettoproduktion und Gewinn statt IWP, jedoch ohne großen Lärm. Im BAUFA-Kombinat stieg die IWP von 1987 auf 1988 lediglich von 1678,9 Mio M auf 1725,4 Mio M, also um 2,8%. Infolgedessen fielen pro 100 Mark Warenproduktion 1988 nur noch 88,85 M Kosten an, verglichen mit 89,58 M im vorherigen Zeitraum. Die Selbstkostensenkung lag also bei 0,8%.
Warum war das wichtig? Weil neugebaute Wohnungen nicht nur Heizungen und Wasserleitungen benötigen, die das schon behandelte Kombinat Technische Gebäudeausrüstungen herstellte, sondern auch Fenster und Türen sowie Bauelemente aus Holz, Zement und damals noch Asbest. Das am 30.6.1990 14594 Leute beschäftigende Kombinat produzierte Dachbeläge mit Glasvlies und Schindeln, Schalhautelemente, Blendrahmen- und Schiebetüren, Dach- und Typenfenster usw. (Bei der Aufzählung der Betriebe wird noch einzelnes in Klammern ergänzt.)
Der nach der Nettoproduktion 1988 größte Kombinatbetrieb war der VEB Holz- und Leichtmetallbauelemente (HLB) Leipzig, der auch der Stammbetrieb war und in der Zschortauer Straße 42 von Leipzig sein Forschungsinstitut hatte. Hier wurden also u.a.

Bauelemente aus Aluminium, Walzstahl, Holz und Polyurethan gefertigt. Seine Nettoproduktion belief sich 1987 auf 72,812 Millionen Mark. An zweiter Stelle kam der VEB Bauelementewerk Hennigsdorf, der auch Fertighäuser inklusive der Montage erstellte, an dritter der VEB Bauelementewerke Erfurt. Als weitere Kombinatbetriebe sind zu nennen: die VEB Bauelementewerk Stralsund und Schwerin, der VEB Holzbau Neubrandenburg, der VEB Fertighausbau Neuruppin, der VEB Asbestzementwerke „Otto Grotewohl“ Magdeburg (AZ-Rohre, also Asbestzementrohre, AZ-Welltafeln, AZ-Bauplatten, Bitumenpappen, Glasvlies-Belag), der VEB Asbestzementwerk Porschendorf (AZ-Kühlturmplatten für das Großkraftwerk Jänschwalde, AZ-Welltafeln, AZ-Bauplatten), der VEB Dachpappen- und Isolierstoffwerke Coswig mit Sitz in Schkeuditz, der VEB Zylinderschlösser Potsdam, der VEB Baubeschlagfabrik Elsterwerda, der VEB Türbeschläge Staßfurt, der VEB Schloßsicherungen Gera, der VEB Isoliererzeugnisse Großröhrsdorf und der VEB Sächsische Schloßfabrik Pegau. Alle Betriebsteile dieser VEB aufzuzählen, kann dieser Beitrag nicht leisten. Stellvertretend seien nur jene in Olbernhau, Gardelegen, Hermsdorf und Wernshausen genannt. Zu guter Letzt ein Blick auf das Kombinatssymbol: Es bestand aus einem Kreis, in dem die Buchstaben B und F die zwei vorderen Wände eines damals Punkthochhaus genannten Gebäudes in Kavaliersperspektive stilisiert darstellen.

VKWF



Wanderausstellung des Freundeskreises Palast der Republik

Anfang Mai eröffnete der „Freundeskreis Palast der Republik“ an zwei Standorten in Berlin Wanderausstellungen zum gleichnamigen geschichtsträchtigen Gebäude. Anlaß für beide Ausstellungen ist das Richtfest des Palastes der Republik – begangen vor 50 Jahren, am 18. November 1974 – und der Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor 75 Jahren, am 7. Oktober 1949. Beide Ausstellungen beinhalten Themen vom Bau des Palastes über Veranstaltungen, die dort stattgefunden haben, bis hin zur Vernichtung des Palastes und zur Erinnerungskultur. Themenschwerpunkte können während der Ausstellungszeit variieren. Digital stehen außerdem mehr als 330 Ausstellungstafeln zur Verfügung, die gegen Spende und unter Beachtung und Einhaltung der Urheberrechte des Freundeskreises digital heruntergeladen werden können. Beide Wanderausstellungen sind ein Gemeinschaftsprojekt des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V., des DDR-Kabinetts Bochum und des Freundeskreises Palast der Republik.



Nähere Informationen zu den beiden Ausstellungen:

33. Wanderausstellung, Senioren Computer Club Berlin, Fischerinsel 10:

- bis 25. Oktober 2024
- Montag, Dienstag, Donnerstag jeweils von 10 bis 12 Uhr
- Mittwoch von 10 bis 18.00 Uhr
- Gesprächsrunden am 14. und 29. Juni jeweils von 15 bis 18 Uhr

34. Wanderausstellung, Quartiersmanagement Boulevard Kastanienallee (Berlin Hellersdorf), Stollberger Straße 33:

- bis 25. September 2024
- Donnerstags zwischen 14.00 und 16.00 Uhr (Ausnahmen 6. und 20. Juni)
- weitere Informationen unter: <http://boulevard-kastanienallee.de/qm/palastbilder-im-stadtteilbuero-zu-sehen/>

An beiden Standorten können weitere Gespräche mit den Autoren der Ausstellung gesondert vereinbart werden. (Kontakt: Rudi Denner, Sprecher des Freundeskreises, Tel. 030/9912254, Mail: r.denner@gmx.de oder Margita Görner, Gründungsmitglied des Freundeskreises, Tel. 030/9324065)

Ab Mai bis zum 16.02.2025 ist außerdem auch im Humboldt Forum - also dort, wo der Palast der Republik abgerissen und die Rekonstruktion des Berliner Schlosses unter einigem Gegenprotest errichtet wurde – eine Sonderausstellung zu sehen. Unter dem Titel „Hin und weg. Der Palast der Republik“ werden Kunstwerke und Ausstattungsstücke gezeigt, Interviews mit Zeitzeugen präsentiert und es finden verschiedene Veranstaltungen und Workshops statt. Weitere Informationen: <https://www.humboldtforum.org/de/programm/laufzeitangebot/ausstellung/hin-und-weg-der-palast-der-republik-ist-gegenwart-116558/>

Am Humboldt Forum formulierten die Genossen des Freundeskreises bereits Kritik und sind in ihrer langjährigen Arbeit für ihre Forderung nach einer kämpferischen Erinnerungskultur bekannt (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165229.palast-der-republik-kampf-um-die-erinnerung.html>). Ob diese Kritik beim Forum in der aktuellen Ausstellung angekommen ist, bleibt zu prüfen, Wir wünschen ihnen für ihre 33. und 34. Wanderausstellung viele Besucher und interessante Gespräche!

Arbeit lohnt sich nicht – vom Wert der Arbeit

Wir hatten gezeigt, wie fatal sich der Mindestlohn für die Betroffenen auswirkt. Jeder, der dort erwähnten abhängig Beschäftigten unter 14 Euro die Stunde wird uns bestätigen, daß ein Leben bei Mindestlohn nur der Erhaltung der Arbeitskraft dienen kann. Von Löhnen im Sinne eines erfüllten Lebens im Gegenzug für die Mühen der Arbeit kann gar keine Rede sein. Doch was ist die Arbeit eigentlich wert?

Wir sprechen von der gesellschaftlichen Arbeit, wenn wir den Wert der Arbeit meinen. Die produktive Arbeit wird im Kapitalismus vom »gesellschaftlich kombinierten Arbeiter«, also dem Gesamtarbeiter, erbracht. Alle Waren, welche in die kapitalistische Produktion eingehen, werden vom Gesamtarbeiter konsumiert, »statt in zersplitterter Form von einer Masse unzusammenhängender oder höchstens auf kleinem Maßstab unmittelbar kooperierender Arbeiter.« Die Konzentration der Produktionsmittel und ihre massenhafte Anwendung setzt also die gesellschaftliche Kombination der Arbeit voraus. Die Arbeit nimmt so explizit gesellschaftlichen Charakter an. Daher entsteht ein Pool von Mehrwert, der alle Kapitale gemäß ihres Kapitaleinsatzes im Wege der Durchschnittsprofitrate gleichermaßen bedient. »Was hier dem Kapitalisten zugute kommt, ist wieder ein Gewinn, der das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit ist, wenn auch nicht das Produkt der direkt von ihm exploitierten Arbeiter.« Wir wollen nur betrachten, daß die gesellschaftliche Arbeit ein gesellschaftliches Gesamtprodukt schafft und dabei einen gesellschaftlichen Mehrwert erzeugt, auf den alle Kapitalisten entsprechend der Durchschnittsprofitrate und gemäß ihres eingesetzten Kapitals gleichermaßen Anspruch erheben. Die Konkurrenz bestimmt aber, wie groß der tatsächliche Anteil des Einzelkapitalisten am gesellschaftlichen Profitkuchen ist.

Zunächst verstehen wir unter der produktiven Arbeit jene, welche sich direkt mit dem Kapital austauscht. Diese lebendige Arbeit ist das variable Kapital. Arbeit, welche unmittelbar aus der Revenue bezahlt wird (z.B. der Gärtner auf dem Privatgrundstück des Kapitalisten), ist im Sinne des Kapitals unproduktiv. Denn diese Arbeit ist nicht gesellschaftliche, sondern Privatarbeit für den privaten Konsumenten derselben erbracht. Wir bleiben für unsere Betrachtung hier also bei der produktiven Arbeit. Es sei hier aber darauf hingewiesen, daß in Gesellschaften, die den Kapitalismus überwunden haben, der Begriff der gesellschaftlichen Arbeit verändert ist. So ist etwa dort die Kindererziehung innerhalb der Familie nicht Privat-, sondern ebenfalls gesellschaftliche Arbeit. Insoweit bleiben wir hier bei der spezifisch kapitalistischen Form der gesellschaftlichen Arbeit.



Diese unterscheiden wir noch in die allgemeine und die gemeinschaftliche Arbeit. »Beide spielen im Produktionsprozeß ihre Rolle, beide gehen ineinander über, aber beide unterscheiden sich auch. Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch die Benutzung der Arbeiten Früherer. Gemeinschaftliche Arbeit unterstellt die unmittelbare Kooperation der Individuen.« Insoweit wir nun vom Wert der Arbeit reden, so haben wir zunächst den Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft als gesellschaftlicher Arbeit zu betrachten. Die unterschiedlichen Tauschwerte verbergen tatsächlich die gleichartigen Gebrauchswerte der Durchschnitts- und komplizierteren Arbeiten innerhalb der Gesellschaft. »Die einfachste Durchschnittsarbeit selbst wechselt zwar in verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandnen Gesellschaft gegeben. Komplizierte Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so daß eine kleines Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der komplizierten Arbeit sein, ihr Wert setzt sich dem Produkt gleicher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein Quantum einfacher Arbeit dar.« Wir halten also fest, daß auch die komplizierte Arbeit nur ein

Menge einfacher Arbeit ist. Insbesondere ist die Ausbildung zur Fähigkeit der komplizierten Arbeit überhaupt erst möglich durch die gesellschaftliche Erhaltung des Auszubildenden durch eine Menge einfacher Arbeit. Wer also beispielsweise studiert, muß in dieser Phase von Arbeitern ebenso mit Lebensmitteln, Kleidung, Unterkunft usw. versorgt werden, um dieses Studium überhaupt zu ermöglichen. Hier kumuliert bereits im Studenten eine Menge von einfacher Arbeit auf, welche die Voraussetzung ist, damit der dann ausgebildete Student im weiteren Fortgang komplizierte gesellschaftliche Arbeit leisten kann. Diese wird i.d.R. besser vergütet als die einfache Arbeit – im Kapitalismus freilich des höheren Mehrwerts in ihr wegen. Auf diese Weise wird der Wert der einfachen Arbeit zur komplizierten Arbeit marginalisiert, weil die einfache Arbeit beständig die komplizierte Arbeit zu lasten der Gesellschaft schafft. Universitäten zu erschaffen, geschieht meist aus dem Pool der Arbeit, die nicht Kapital, also nicht produktiv ist, also der Revenue des Staates, der sich selbst vorher aus der Revenue des Kapitals gespeist hat. Die daraus resultierende komplizierte Arbeit wird dann aber vor allem kapitalisiert, und realisiert so gesellschaftliche Arbeit, deren Produkte durch deren Verwender privat angeeignet werden. Diese Produkte werden der Gesellschaft als private Waren zur Verfügung gestellt und können im Wege des Kaufs von den gesellschaftli-

chen Individuen je nach ihren monetären Mitteln konsumiert werden.

Egal welche gesellschaftliche Arbeit geleistet wird; so haben wir gesehen, daß sie dem Gebrauch nach gleichwertig ist, da alle Einzelarbeit gegen jede andere Einzelarbeit austauschbar ist, sich also gegenseitig bedingt, um überhaupt ein gesellschaftliches Gesamtprodukt zu erzeugen. Somit sprechen wir vom Gesamtarbeiter, wenn wir die gesellschaftliche Arbeit meinen. Dieser Gesamtarbeiter ist durchaus in der kapitalistischen Gesellschaft ein anderer als in einer, die den Kapitalismus überwunden hat, wo sich die gesellschaftliche Arbeit auf Bereiche ausweitet, die im Kapitalismus als unproduktiv angesehen werden müssen. Das sind Bereiche, die zwar zur Reproduktion der Gesellschaft notwendig sind, aber in den Privatbereich verschoben werden, weil sie wegen fehlender Profitmöglichkeiten nicht kapitalisierbar sind. Doch mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktion, der Überwindung lokaler Hindernisse für das Kapital, werden auch die unproduktiven Arbeiten in produktive verwandelt. »Jede wohl dirigierte Arbeit ist produktiv; d.h. jede produktive Arbeit, jede Arbeit, die dem Kapitalisten Profit abwirft, ist wohl dirigiert.« Die Privatisierung der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge im Gesundheits-, Transport-, Kita- und Schulbereich usw. usf. bestätigen uns dies in der Erfahrung.

Soweit man nun den Tauschwert betrachtet, so ist uns hier nur eine Abschätzung möglich, da uns für tiefgreifende wissenschaftliche Analysen schlicht die Kapazitäten fehlen. Denkbar wäre, dafür die Stunde der einfachen Basisarbeit anzusetzen, weil dort der Preis möglichst rein, also ohne die Anwendung von konstantem Kapital am Markt erscheint. An der Putzarbeit wurde in einer vorigen Ausgabe gezeigt, daß der Wert ungefähr das fünffache des Mindestnettolohns, also derzeit mindestens 40 Euro pro Stunde, beträgt. Diese Abschätzung dient auch bloß der individuellen Einordnung, ob man mehr oder weniger Arbeit in den Pool der gesellschaftlichen einwirft oder entnimmt. Dies soll dem Leser bzw. der Leserin hier für sich selbst überlassen werden.

Mondo Cane

Superwahljahr 2024

Es gibt Wahlen und es gibt Wahlen



Die Dialektik der Geschichte zwingt die konterrevolutionären Terroristen des BRD-Imperialismus als Demokraten einer angeblich terrorfreien Demokratie, der angeblich höchsten Geistesfrucht der Menschheit aufzutreten. Sie irren sich. Die höchste Form des menschlichen Denkens ist das dialektische Denken. Die bürgerliche Eindimensionalität spiegelt die gesellschaftliche und natürliche Wirklichkeit falsch wider. Das ist es, was wir im Superwahljahr 2024 besonders herausarbeiten müssen. Die bürgerlichen Kopfarbeiter, eben weil sie reine Kopfarbeiter sind, geben die kapitalistische Produktionsweise so aus, daß die Kapitalkonzentration und die soziale Verelendung nicht aus dieser stammt. Sie geben sie als ihr Gegenteil aus, als ein gerechtes gesellschaftliches Verhältnis, ebenso wie der dieser Produktionsweise entsprechende Parlamentarismus als Volksherrschaft ausgegeben wird. Die bürgerliche Demokratie-theorie ist einäugig, sie kennt zwar eine Gewaltenteilung, nicht aber eine Demokratie-tilteilung, die der Arbeiterbewegung inhärierte Rätedemokratie und die das Bürgertum repräsentierende parlamentarische Demokratie. Erstere dem arbeitenden Volk verpflichtet, von den Wählern jederzeit zurückrufbar und die andere eine parlamentarische Vertretungskörperschaft, angeblich nur ihrem Gewissen unterworfen, in der politischen Alltagspraxis allzu deutlich dem Finanzkapital hörig. Lenin bezeichnete die Räte, russisch Sowjets, als Keimformen des Absterbens jedes Staates. Sollte diese Bestimmung der Sowjets falsch sein, so kontinierte sich bisherige Geschichte als die von Klassen mit Leiden oben auf. Es wäre der Triumph der zahlenmäßig kleinen Schar reichen Nichtarbeiter über die labouring poor, über die arbeitenden Armen, dieses Kunstprodukt der modernen Geschichte, ein Ausdruck, der sich erst mit der Industrialisierung zunächst den westeuropäischen Sprachen aufprägte. Arme und arbeitende Klassen hat es immer gegeben, auch waren die arbeitenden Klassen meistens arm, aber eine derart absolute Abhängigkeit wie die des Lohnarbeiters vom Kapitalisten hatte es bisher noch nicht gegeben. Der Lohnarbeiter ist ein Sklave, weil er doppelt frei ist, frei von einem eigenen Grund und Boden und den aus ihm wachsenden natürlichen Lebensmitteln und frei von eigenen, gesellschaftlichen Bedürfnissen adäquate Gebrauchswerte hervorbringenden Werkzeugen. Entwickler Kapitalismus setzt die Trennung von Landwirtschaft und Industrie, die Vernichtung der ländlichen Hausindustrie voraus. Es muß zu diesem Zustand kommen: Wenn der Lohnarbeiter arbeitet, ist er nicht zu Hause und wenn er zu Hause ist, Lohnarbeitet er nicht.

Alle in den bürgerlichen Parlamenten vertretenen Parteien betreiben heute politische Prostitution, verüben mit ihrer eindimensionalen Demokratieauffassung Volksbetrug. Das Auseinanderhalten von bürgerlicher und proletarischer Demokratie als historisch letzte vorgeschichtliche Klassenkampfdisposition wird sich im letzten

Gefecht als Ass erweisen. Wer wen? Zwei Demokratieschübe der Neuzeit haben sich geteilt, eine demokratisch-antifeudale gegen den Adel und Klerus gerichtete und eine aus dieser notwendig folgende demokratisch-antikapitalistische gegen bürgerliches Schmarotzerpack gerichtete, das nach der Niederschlagung der Pariser Commune die Stelle des Adels eingenommen hat und dessen Schicksal nicht entgehen kann gemäß dem Gesetz der Negation der Negation: der Negation des Adels und des Klerus folgt die der Bourgeoisie, folgt EINE Demokratie selbstnegativer absterbender Art.

Auch die Kommunistische Partei ist eine ohne immanente Selbstnegation verfehlte. Die Noch-Existenz der revolutionären Partei ist ein Signum des noch nicht präsenten Kommunismus. Auf dem Höhepunkt der französischen Revolution sagte Robespierre: Die Feinde des Volkes bestrafen ist Gnade, ihnen verzeihen Barbarei. Die Bourgeoisie als imperialistische ist heute nicht mehr in der Spur ihres großen Jakobiners, sie giert qua Staat nach einem omnipotenten Terror gegen arbeitende Völker. Der Eigner von Produktionsmitteln ist nicht einfach Eigner, in der bürgerlichen Welt ist der Eigner von Produktionsmitteln auch Beherrscher von Menschen nicht in einfacher, sondern in absoluter naturgesetzlicher Abhängigkeit. Das absolute ökonomische Ausbeutungsmittel ist zugleich absolutes politisches Beherrschungsmittel und jede Parlamentswahl bestätigt das eingehend. Es gibt Wahlen und Wahlen. Bürgerliche Wahlen können, wie Engels betont, nur Gradmesser der Reife des Proletariats *im heutigen Staat* sein. Sahra Wagenknecht zum Beispiel streut den Wählern Sand in die Augen, indem sie suggeriert, das allgemeine Stimmrecht im heutigen Staat könne den Willen der Mehrheit der Werktätigen zum Ausdruck bringen. Es verschwindet der Gedanke, daß bürgerliche Parlamente Blumengirlanden sind, die den exekutiven Terrorapparat, die eisern-monotonen Ketten der Sklaverei farbig rot grün gelb schwarz braun verhüllen. Demokratische Wahlen kann es in einem bürgerlichen Ausbeutungs- und Terrorstaat nicht geben, demokratische Wahlen kann es erst nach dessen Zerschlagung geben. Die Stimme derer, die sich in Kenntnis des tieferen demokratischen Gehaltes der Räte nicht vom Parlamentsfetisch blenden lassen, ist schwach. Heute erst nur für politisch hochsensible Menschen hörbar. Wir haben im Superwahljahr 2024 einen wildwachsenden, turmhohen sperrig-dornenreichen Dschungel der Lüge und des Wahlbetrugs mit der dialektischen Machete zu durchqueren, der kontinentale Ausmaße hat. Die BRD schickt sich an, in sogenannte unterentwickelte Länder hochnäsige Wahlbeobachter zu entsenden, ob dort alles mit rechten Dingen zugehe. Ihre führenden politischen Repräsentanten sollten sich besser in die Reden Robespierres vertiefen, aus denen deutlich hervorgeht, daß die imperialistische BRD-“Republik“ auf puren Volksbetrug hinausläuft.

Heinz Ahlreip

Kalendarium - Juni

Gedenk- und Feiertage

- 01. Juni: Internationaler Kindertag
- 05. Juni: Weltumwelttag
- 2. Sonntag im Juni: Tag des Eisenbahners; Tag der Werktätigen des Verkehrswesens in der DDR
- 12. Juni: Tag des Lehrers in der DDR
- 3. Sonnabend im Juni: Tag der Werktätigen der Wasserwirtschaft in der DDR
- 16. Juni: Internationaler Tag der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Südafrika – „Soweto-tag“
- 3. Sonntag im Juni: Tag der Genossenschaftsbauern und Arbeiter der sozialistischen Land- und Forstwirtschaft in der DDR
- 4. Sonntag im Juni: Tag des Bauarbeiters in der DDR

Historische Ereignisse

- 01.06.1964: Gründung der Palästinensischen Befreiungsbewegung PLO.
- 04.06.1844: Schlesischer Weberaufstand, der vom preußischen Militär brutal in den Orten Langenbielau und Peterswaldau niedergeschlagen wird. (bis 06.06.1844)
- 05.06.1967: Beginn des Sechs-Tage-Krieges Israels gegen Ägypten, Jordanien, Syrien und Palästina.
- 06.06.1944: Eröffnung der „Zweiten Front“ in der Normandie durch britische, kanadische und US-amerikanische Militäreinheiten.
- 08.06.1929: 12. Parteitag der KPD in Berlin. (bis 15.06.1929)
- 12.06.1964: Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR
- 13.06.1959: 1. Arbeiterfestspiele im Bezirk Halle. (bis 21.06.1959)
- 16.06.1963: Valentina Tereschkowa, erste sowjetische Kosmonautin und erste Frau im Weltraum umkreist die Erde.
- 16.06.1977: Die Volkskammer beschließt das neue „Arbeits-Gesetzbuch“ der DDR.
- 17.06.1953: Niederschlagung des konterrevolutionären Putschversuchs in der DDR.
- 17.06.1970: Gründung des ersten zentralen Jugendobjekts „Talsperre Sosa“.
- 20.06.1865: Die Schrift „Lohn, Preis und Profit“ von Karl Marx erscheint.
- 20.06.1949: Durchführung einer Währungsreform in den drei Westzonen
- 22.06.1950: Beginn des Korea-Krieges durch US-amerikanisches Militär.
- 25.06.1945: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gegründet.
- 28.06.1919: Unterzeichnung des Versailler Vertrages.
- 30.06.1947: Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).

Historische Personen

- 08.06.1914: Kurt Barthel (Kuba) geboren.
- 12.06.1869: Martin Andersen Nexö geboren.
- 16.06.1945: Nikolai Bersarin (Oberbefehlshaber der SMAD) gestorben.
- 17.06.1810: Ferdinand Freiligrath geboren.
- 17.06.1893: Hermann Matern geboren.
- 18.06.1882: Georgi Dimitroff geboren.
- 18.06.1936: Maxim Gorki gestorben.
- 20.06.1933: Clara Zetkin gestorben.
- 22.06.1960: Hermann Duncker gestorben.
- 24.06.1922: Walter Rathenau von der Reaktion in Deutschland ermordet.
- 30.06.1893: Walter Ulbricht geboren.

Impressum:

Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383
Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.
Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.
Redaktionsanschrift: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.
Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org
E-Mail: info.drf@k-p-d.org
Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org
Abonnement: abo-drf@k-p-d.org
Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXX.
Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: Karsten Günther
Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing
Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig
Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als Partei beim Bundeswahlleiter registriert. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ Juli 2024: 10. Juni 2024.

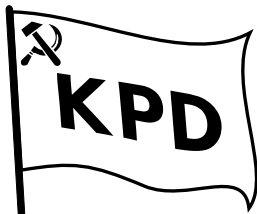
Kontaktadressen der KPD

- Zentralkomitee der KPD
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon 0170/1831495
Telefon 0361/64458760
E-Mail: post@k-p-d.org
- Redaktion „Die Rote Fahne“
siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- KPD-Landesorganisation Berlin/Brandenburg
c/o Tim Schoenmakers
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon 0170/1831495
E-Mail: ll.berlin.brandenburg@k-p-d.org
<http://berlin.brandenburg.k-p-d.org>
Büro: jeden ersten und letzten Mittwoch im Monat von 16 bis 18 Uhr
- Ansprechpartner für Brandenburg:
c/o Jens Röstel
E-Mail: jens.roestel@freenet.de
- KPD-Landesorganisation Sachsen
Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Dresden
c/o Torsten Reichelt
E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45
- KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland
c/o Patrick Büttner
E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt
E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Halle/Bernburg
E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- Regionalorganisation Zeitz
E-Mail: ro.zeit@k-p-d.org
- KPD-Landesorganisation Thüringen
- KPD-Regionalorganisation Erfurt
- KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland
c/o Torsten Schöwitz
Johannesstraße 156
99084 Erfurt
- KPD Hessen
c/o Felix Weitzel
Rheingauer Str. 13
65388 Schlangenbad
E-Mail: hessen@k-p-d.org
- KPD Mecklenburg-Vorpommern
c/o Lothar Piechowski
Klein-Lehmhagensdorfstraße 31
18507 Grimmen
Telefon 038326 / 42 47 99
- KPD NRW
c/o Christian Kunz
Postfach 17 16
66110 Saarbrücken
E-Mail: nrw@k-p-d.org
- KPD Wasserkante
c/o David Green
E-Mail: wasserkante@k-p-d.org

Zitat

Es werden so viele
schöne Worte über
Freiheit geredet,
aber nichts in der
Welt macht so
unfrei wie Armut.

Martin Andersen Nexö



+++ International +++ International +++

„Nur durch den Sturz der [...] Kapitalisten werden die Völker Rußlands und der Ukraine in der Lage sein, sich miteinander auf Frieden zu einigen.“



Im März diesen Jahres verfolgten wir mit Spannung die Wahlen in der Russischen Föderation (RF) und die diversen Kommentare kommunistischer Gruppen und Parteien zu ihnen. Zwei besonders aufschlußreiche Texte veröffentlichten wir auf unserer Webseite. Für uns sind diese Texte nicht einfach sich wiederholende Verlautbarungen zu einem erneuten bürgerlichen Wahlspektakel. Sie sollen uns vielmehr dabei helfen, ein besseres Verständnis der Kräfteverhältnisse in Rußland und Einblicke in den täglichen Klassenkampf unserer Brüder und Schwestern vor Ort zu bekommen. Aus diesem Grund möchten wir uns weiterhin mit der Entwicklung in der RF befassen und haben ein Interview mit einer der beiden Gruppen veröffentlicht, die uns schon ihre Analyse zur Präsidentschaftswahl geliefert hatte. Es handelt sich dabei um den *Revolutionären Kommunistischen Jugendverband (Bolschewiki)* kurz *RKSM(B)*. Wir sprachen mit ihnen über den Krieg in der Ukraine, die sogenannten „Volksrepubliken“, die Rolle der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) und wie man heute als Kommunist in Rußland Politik machen sollte.

Ihr könnt das ganze Interview auf unserer Webseite nachlesen unter:

www.k-p-d.org/index.php/aktuell/international/1423

Der WGB zum 76. Jahrestag des Nakba-Tages

Der 15. Mai 1948 ist für das palästinensische Volk und die Welt als „Tag der Katastrophe“, als „Nakba-Tag“, in die Geschichte eingegangen, an dem 15.000 Palästinenser ermordet und weitere 750.000 aus ihrem Land vertrieben wurden.

Gemeinsam mit unseren Brüdern und Schwestern in Palästina erinnert der Weltgewerkschaftsbund jedes Jahr an diesen Tag, der den Beginn der Besatzung, der illegalen Besiedlung und der Verbrechen Israels gegen das palästinensische Volk markiert, und verurteilt ihn.

Heute, 76 Jahre nach dem Nakba-Tag, vollzieht der mörderische Staat Israel mit der Unterstützung der USA, der EU und ihrer übrigen Verbündeten eine neue Nakba. In Fortsetzung seiner methodischen Taktik des Völkermords und der totalen Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land setzt

Israel den Angriff auf Rafah fort, wo Hunderttausende von Palästinensern zu überleben versuchen. Die zunehmende Aggression und der bevorstehende Angriff werden die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung und den Kindern im Gazastreifen vervielfachen.

Die konsequente und prinzipielle Unterstützung und Solidarität mit dem heldenhaften palästinensischen Volk war immer eine Priorität für die internationale klassenorientierte Gewerkschaftsbewegung. Die einzige Möglichkeit, Frieden und Sicherheit in der Region zu garantieren und zu festigen, ist die sofortige Beendigung der israelischen Besatzung und Besiedlung auf palästinensischem Land, wie es in Dutzenden von Resolutionen der UNO und anderer internationaler Organisationen und Institutionen gefordert wird, die von Israel nie respektiert wurden, einschließlich der jüngsten Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs. Es muß ein unabhängiger palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt gegründet werden, der den palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr garantiert.

Anläßlich des 76. Jahrestages des Nakba-Tages bringt der WGB erneut seine volle Solidarität mit dem palästinensischen Volk zum Ausdruck. Die klassenorientierte Gewerkschaftsbewegung wird weiterhin stolz die palästinensische Flagge neben der Flagge des WGB schwenken, ein Ende des Völkermords fordern und auf der richtigen Seite der Geschichte stehen!

Wir wiederholen unseren Aufruf an die Mitgliedsorganisationen und Freunde, alle Solidaritätsaktionen mit Palästina durch Massendemonstrationen, Mobilisierungen, Proteste, Streiks, Initiativen und Kämpfe verschiedener Art zu intensivieren und dabei die Mittel des Boykotts von Militär, Handel, Hochschulen und Institutionen zu nutzen.

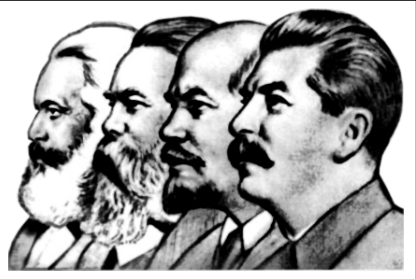
Wir grüßen die militanten Studenten in den USA, Europa und anderswo, die trotz der Repression Dutzende von Universitäten überschwemmt haben, um ein Ende des Massakers und die Nichtbeteiligung ihrer Länder an dem Verbrechen gegen das palästinensische Volk zu fordern.

Im Rahmen der Intensivierung der internationalistischen Solidarität für Palästina organisiert der WGB in der letzten Juniwoche einen Solidaritätsbesuch einer breiten internationalen Delegation unter Beteiligung von Gewerkschaftern des WGB aus allen Kontinenten, auch aus Palästina. Ziel dieses Besuchs ist es, die Solidarität und Unterstützung der großen WGB-Familie für den harten Kampf des palästinensischen Volkes zu stärken. Durch die Besuche in verschiedenen palästinensischen Gebieten, durch die organisierten Aktivitäten und durch die Treffen mit palästinensischen Arbeitern, Beamten, Flüchtlingen und der politischen Führung des Landes wird die internationale Delegation des WGB auf direktere Weise die Botschaft vermitteln, daß unsere Brüder und Schwestern in Palästina in ihrem Kampf nicht allein sind.

[Originaltext: <https://www.wftucentral.org/the-wftu-on-the-76th-anniversary-of-the-nakba-day/>; Übersetzung: IK des ZK der KPD]

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Juni Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



„Historische Schlußfolgerungen aus der Taktik der antifaschistischen Fronten. Der zeitgenössische Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus“



Konferenz der Europäischen Kommunistischen Aktion, vom 11. Mai 2024 in Madrid.

Die Frage nach dem, was Faschismus ist, bleibt auch 79 Jahre nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus präsent. Als KPD haben wir uns letztes Jahr im Rahmen des Jugendtreffens mit dem Themenkomplex auseinandergesetzt. Hierzu haben wir Texte des 6. und 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gelesen, sowie die bekannte Definition des bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff und Texte des britischen Kommunisten Rajani Palme Dutt studiert. Wir lernen in der Auseinandersetzung mit diesen Klassikern Grundsätzlichkeiten der Bündnispolitik, der Rolle der Sozialdemokratie und letztendlich auch über den Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus. Besonders die unterschiedlichen und falschen Anwendungen der Volks- und Einheitsfronttaktik führte nach dem Ende des 2. Weltkriegs zu strategischen Ableitungen, die zu einer massiven Degeneration von Kommunistischen Parteien und zum Aufkommen einer revisionistischen Strömung, die wir heute unter dem Namen „Euro-Kommunismus“ kennen, führte.

Wir sind daher sehr erfreut, zu sehen, daß die Europäische Kommunistische Aktion und ihre Mitgliedsparteien sich nun dieses wichtigen Themenkomplexes annahmen und eine Konferenz zu diesem Thema abhielt. Auf unserer Webseite haben wir alle Beiträge der Konferenz ins Deutsche übersetzt und dokumentiert. Die Beiträge sind zu finden unter:

www.k-p-d.org/index.php/aktuell/1424

Die Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens (PCTE) fordert die Streichung Kubas von der Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen

Das Politbüro der Kommunistischen Partei der Arbeiter Spaniens fordert die US-Regierung auf, Kuba unverzüglich von der Liste der Länder zu streichen, die den Terrorismus unterstützen.

Die PCTE prangert an, daß die Aufnahme Kubas in diese Liste darauf abzielt, die kubanische Wirtschaft zu behindern und die seit mehr als sechs Jahrzehnten verhängte Blockade zu verschärfen, die schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben des kubanischen Volkes hat.

Die US-Regierung ist in keiner Weise legitimiert, eine Liste von „Sponsoren des Terrorismus“ zu erstellen. In der jüngeren Geschichte sind die USA in Länder einmarschiert, haben die Zivilbevölkerung bombardiert, sogar mit Atombomben, und haben systematisch Praktiken angewandt, die traditionell mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden - wovon Kuba ein Opfer war - und haben terroristische Gruppen in Drittländern unterstützt und gefördert, um Regierungen zu stürzen oder

Instabilität in verschiedenen Regionen der Welt zu erzeugen. Es ist nicht hinnehmbar, daß eine imperialistische Macht mit der Geschichte der USA es wagt, Kuba einseitig und willkürlich in diese infame Liste aufzunehmen.

Das Politische Büro der PCTE nutzt diese Gelegenheit, um volle Solidarität mit der PCC (Kommunistische Partei Kubas. Anm. IK) und dem kubanischen Volk zum Ausdruck zu bringen.

Madrid, 21. Mai 2024
Politbüro des Zentralkomitees der PCTE

[Originaltext: <http://www.solidnet.org/article/CP-of-the-Workers-of-Spain-El-PCTE-exige-la-retirada-de-Cuba-en-la-lista-de-paises-patrocinadores-de-terrorismo/>; Übersetzung: IK des ZK der KPD]

KP Mexikos: Zum Angriff der MORENA-Gruppe SUMA

Am Sonntag, den 19. Mai, fand die dritte und letzte Präsidentschaftsdebatte statt. Mit dem Ziel, die politische Ausgrenzung der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Wahlprozeß sowie die Mißachtung des verfassungsmäßigen Rechts zu wählen und gewählt zu werden und die falsche Demokratie anzuprangern, erschienen Marco Vinicio Dávila, kommunistischer Kandidat für die Präsidentschaft der Republik, und Ángel Chávez, Kandidat für das Amt des Regierungschefs, in Begleitung eines Kontingents der Kommunistischen Partei Mexikos und der Kommunistischen Jugend, am Ort der Debatte.

Es gab Kontingente, die Claudia Sheinbaum und Xóchitl Gálvez unterstützten; im Allgemeinen war die Haltung, als sie die kommunistischen Aktivisten sahen, von politischem Respekt geprägt. Plötzlich griff jedoch eine Horde von Schlägern das kommunistische Kontingent an und versuchte, es gewaltsam zu vertreiben, wobei mehrere Genossen verletzt wurden, darunter auch Genossin Alma Castillo, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Mexikos. Auf die gleiche Weise wurde eine Gruppe von Arbeitern angegriffen, die an diesem Ort für den 40-Stunden-Tag demonstrierten.

Die Angreifergruppe nennt sich SUMA, eine von Claudia Sheinbaum und Omar García Harfuch gegründete Plattform innerhalb von MORENA, die zunächst dazu diente, gegen die eigenen Genossen bei den internen Wahlen für die Kandidaten dieser Wahlpartei vorzugehen, und jetzt als Instrument der Wahlstruktur für die Wahlen am 2. Juni; offensichtlich ist sie auch eine Stoßtruppe, wie ihre Aktionen in diesem Fall zeigen. Wir stellen fest, daß es immer eine Abstimmung zwischen der angreifenden Gruppe und den dort anwesenden Polizeikräften gab, die ihnen den Zugang zu dem Gebiet erleichterten und absolut nichts unternahmen, um die Ausübung der freien Meinungsäußerung zu gewährleisten.

Daher machen wir MORENA, Dr. Sheinbaum und die Polizei und den Unterdrücker Omar García Harfuch für diese Aggression verantwortlich, ebenso wie das Nationale Wahlinstitut, das als Organisator der Veranstaltung und des Wahlprozesses den Anspruch erhebt, ein ziviles Klima des Respekts zu bewahren.

Die Pressekommission der Kommunistischen Partei Mexikos

(MoReNa - Movimiento Regeneración Nacional (span. für Bewegung Nationaler Erneuerung.) stellt seit 2018 den Präsidenten Mexikos. Auch die von Gewalt überschattete Wahl am 2. Juni 2024 konnte von der sozialdemokratischen Partei für sich entschieden werden. Anm. IK)

[Originaltext: <http://www.solidnet.org/article/CP-of-Mexico-Sobre-el-ataque-porril-del-grupo-SUMA-de-MORENA/>; Übersetzung: IK des ZK der KPD]

Abonnement: Die Rote Fahne	
☐	Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.
☐	Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.
☐	Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen. (Email-Adresse erforderlich)
☐	Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen. (Email-Adresse erforderlich)
☐	Ich bitte um das Statut und Programm der KPD. Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.
☐	Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.
Name	Vorname
Straße	
PLZ	Wohnort
Telefon/Fax	
Email	@